

LÄRMMINDERUNGSMASSNAHMEN IM STRASSENVERKEHR

Die Umsetzung der festgelegten Maßnahmen erfolgt auf der Grundlage des jeweiligen Fachrechts durch die jeweils zuständigen Fachbehörden.

Vorbeugender Lärmschutz: Bei Neubau oder wesentlicher Änderung von Straßen haben die Anwohnerinnen und Anwohner einen Anspruch auf Lärmvorsorge, wenn die in der 16. BImSchV vorgegebenen Werte überschritten werden.

Straßenbauliche Lärmsanierung: Für bestehende Straßen gibt es die Möglichkeit der freiwilligen Lärmsanierung durch den Straßenbauasträger. Dies erfolgt unter der Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Die baulichen Maßnahmen können beispielsweise Lärmschutzwände/-wälle, Untertunnelung / Einhausung von Straßenabschnitten, Einbau lärmarmen Fahrbahnbeläge, Kreisverkehre, Straßenraumumgestaltung aber auch passive Schallschutzmaßnahmen sein.

Straßenverkehrsrechtliche Maßnahmen: Nach § 45 Abs. 1 Nr. 3 StVO i.V.m. den Lärmschutz-Richtlinien-StV können Regelungen durch Verkehrszeichen und Verkehrseinrichtungen zum Schutz der Bevölkerung vor Straßenverkehrslärm angeordnet werden. Die Anordnung von Geschwindigkeitsbeschränkungen (ganztags oder nachts), Fahrverbote (z. B. LKW-Fahrverbot), Verkehrsumleitungen, usw. liegt im Ermessen der zuständigen Straßenverkehrsbehörde.

Die möglichen Lärminderungsmaßnahmen auf dem Ausbreitungsweg sind für Straßenverkehrs-, Schienenverkehrs- und Industrielärm vergleichbar.

RUHIGE GEBIETE

Neben der Festlegung von Lärminderungsmaßnahmen sollen in Lärmaktionsplänen ruhige Gebiete, die gegen eine Zunahme des Lärms zu schützen sind, ausgewiesen werden.

Ihre Ansprechpartnerinnen

REGIERUNGSPRÄSIDIUM DARMSTADT

Wilhelminenstraße 1 - 3
64283 Darmstadt

Peggy Nieratzky Telefon: 06151 12 5774
Dezernat III 33.3 Peggy.Nieratzky@rpda.hessen.de

Yvonne Lamp Telefon: 06151 12 3147
Dezernat III 33.3 Yvonne.Lamp@rpda.hessen.de

REGIERUNGSPRÄSIDIUM GIESSEN

Marburger Str. 91
35396 Gießen

Christina Grimm Telefon: 0641 303 4465
Dezernat IV 43.2 Christina.Grimm@rpgi.hessen.de

REGIERUNGSPRÄSIDIUM KASSEL

Am Stadtschloss 1
34117 Kassel

Stefanie von Uckro Telefon: 0561 106 4753
Dezernat III 33.1 Stefanie.vonUckro@rpks.hessen.de



Weiterführende Informationen unter

<https://rp-darmstadt.hessen.de/infrastruktur-und-wirtschaft/verkehr/laermaktionsplanung>

Herausgeber und Druck: Regierungspräsidium Darmstadt
Luisenplatz 2 | 64283 Darmstadt | Telefon: 06151 12 0

Stand: November 2023
Bilder: RP Darmstadt, HLNUG

REGIERUNGSPRÄSIDIEN
DARMSTADT · GIESSEN · KASSEL



LÄRMAKTIONSPLAN HESSEN

Straßenverkehr und Ballungsräume



GESETZLICHE RAHMENBEDINGUNGEN UND ZIELSETZUNG

Grundlage für die Lärminderungsplanung (Minderung der Lärmbelastung der Bevölkerung) bildet die Richtlinie 2002/49/EG über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (Umgebungslärmrichtlinie). Unter Umgebungslärm wird dabei der Lärm, der durch Straßenverkehr, Schienenverkehr und Flugverkehr auf Straßen und Schienenstrecken und bei Flughäfen verursacht wird, verstanden. Dazu zählt auch Lärm, der von Industrie- und Gewerbeanlagen ausgeht.

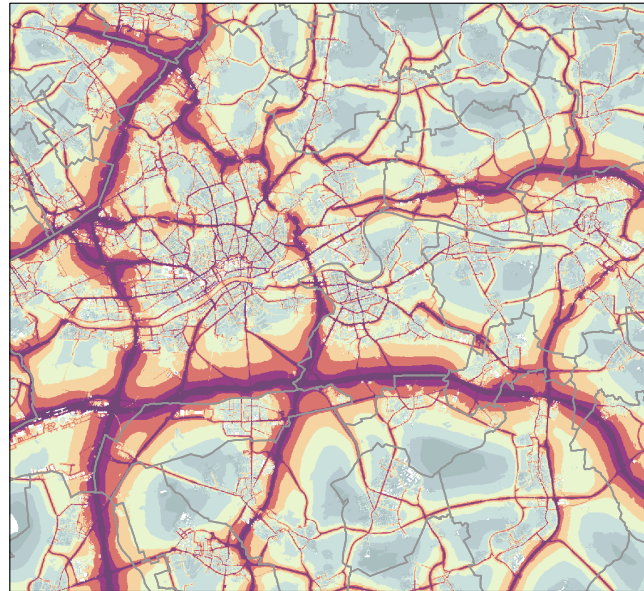
Ziel der Umgebungslärmrichtlinie ist die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Konzeptes, um schädliche Auswirkungen, einschließlich Belästigungen, durch Umgebungslärm zu verhindern, ihnen vorzubeugen oder sie zu mindern. Die Umgebungsrichtlinie ging mit einer Änderung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (BImSchG) in deutsches Recht über.

Zur Durchführung der Lärminderungsplanung wird zunächst die Lärmbelastung rechnerisch ermittelt und grafisch dargestellt (Lärmkartierung). Auf Grundlage dieser Lärmkarten werden dann unter aktiver Mitwirkung der Öffentlichkeit Lärmaktionspläne aufgestellt, welche Maßnahmen zur Verminderung der Lärmbelastung enthalten.

LÄRMKARTIERUNG

Das Hessische Landesamt für Naturschutz, Umwelt und Geologie (HLNUG) erstellt eine umfassende, strategische Lärmkartierung. Das Bundes-Immissionsschutzgesetz schreibt zur Ermittlung der Lärmpegel Rechenverfahren und keine Messungen vor. Nur eine Berechnung führt zu europaweit vergleichbaren Ergebnissen und erlaubt die Prüfung und den Vergleich verschiedener Alternativen.

Die Kartierung ist verpflichtend für alle Hauptverkehrsstraßen mit über 8.220 Kfz/Tag. In Ballungsräumen werden außerdem alle Hauptverkehrsstraßen mit über 3.000 Kfz/Tag einschließlich der Stadtbahnen kartiert. Ebenfalls wird der Lärm, der von sogenannten Industrie-Emissionsanlagen emittiert wird, kartiert. In Hessen werden zudem alle Hauptverkehrsstraßen, für die im Verkehrsmodell Daten hinterlegt sind, in einer „Lärmkartierung PLUS“ berechnet. Die Ergebnisse der Lärmkartierungen finden Sie auf der Internetseite des HLNUG unter <https://laerm.hessen.de>.



(HLNUG 2022)

LÄRMAKTIONSPLANUNG

Auf Grundlage der Umgebungslärmkartierung werden die bestehenden Lärmaktionspläne fortgeschrieben. Die wesentliche Aufgabe der Lärmaktionsplanung ist es, anhand der Lärmkartierung eine Bewertung der Lärmsituation vorzunehmen und Lärminderungsmaßnahmen zu formulieren.

Zuständig sind hierfür in Hessen die Regierungspräsidien, mit Ausnahme der Haupteisenbahnstrecken des Bundes, für die seit 01.01.2015 das Eisenbahnbundesamt zuständig ist. Die Lärmaktionspläne sind alle 5 Jahre zu überprüfen und erforderlichenfalls zu überarbeiten.

BETEILIGUNG DER ÖFFENTLICHKEIT

Die Öffentlichkeit soll die Möglichkeit erhalten, an der Ausarbeitung der Lärmaktionspläne aktiv mitzuwirken. In Hessen wird dieser Forderung durch eine zweistufige Öffentlichkeitsbeteiligung Rechnung getragen. Hier können sich betroffene Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Verbände, Organisationen und Interessengemeinschaften über die Lärmsituation informieren und Interessen und Ideen zur Lärminderung einbringen.

Die Eingabe kann während der Dauer der Öffentlichkeitsbeteiligung auf dem Beteiligungsportal des Landes Hessen (<https://beteiligungsportal.hessen.de/portal/hauptportal/startseite>), alternativ auch per E-Mail oder postalisch, erfolgen.

DER ABLAUF DER LÄRMAKTIONSPLANUNG SIEHT WIE FOLGT AUS:

